

Verlieren wir gerade unser sehr gutes Gesundheitswesen?

## Akutversorgung unter Druck: Regionalspitäler besonders betroffen

Die Akutspitäler stehen unter massivem Druck: Fachkräftemangel, zu tiefe Tarife, wachsende Bürokratie und der Wandel von stationär zu ambulant hinterlassen deutliche Spuren. Ohne finanzielle Korrekturen drohen Versorgungslücken – besonders in ländlichen Regionen. Damit die wohnortsnahe Gesundheitsversorgung gesichert bleibt, braucht es jetzt gezielte Reformen.

Text: vaka, lic. iur. Adrian Schmitter, Spartenpräsident Akutspitäler

Unter dem Titel «Verlieren wir gerade unser sehr gutes Gesundheitswesen?» sprach vaka-Vizepräsident Adrian Schmitter am Gesundheitspolitischen Anlass über die aktuellen Herausforderungen in der Akutversorgung. Dabei zeigte er auf: Im internationalen Vergleich geniessen das Schweizer Gesundheitssystem und seine Leistungen weiterhin grosses Vertrauen. Auch die Zufriedenheit der Bevölkerung sowie das Preis-Leistungs-Verhältnis werden im OECD-Bericht «Health at a Glance» positiv bewertet. Trotzdem steht das System zunehmend unter Druck. Gründe dafür sind unter anderem immer mehr gesetzliche Vorgaben von Bund, Kantonen und Behörden wie dem BAG oder Swissmedic. Hinzu kommen der Fachkräftemangel sowie Engpässe bei Arzneimitteln.

### Fachkräftemangel: Der Aargau ist besonders betroffen

Der Mangel an Pflegefachpersonen sowie Ärztinnen und Ärzten zählt zu den grössten Risiken für die zukünftige Gesundheitsversorgung. Bis 2029 benötigt die Schweiz rund 16000 zusätzliche Pflegefachpersonen. Gleichzeitig müssen etwa 28000 Personen ersetzt werden, die pensioniert werden. Besonders betroffen ist der Kanton Aargau. Im interkantonalen Vergleich verfügt er über eine unterdurchschnittliche Hausarzt-dichte: Auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner kommen lediglich 0,57 Hausärzte. Um die Versorgung sicherzustellen, übernehmen Spitäler deshalb zunehmend hausärztliche Aufgaben.

### Zu tiefe Tarife, knappe Ressourcen und hohe Bürokratie

Seit der Einführung der Fallpauschalen im Jahr 2012 kämpfen vor allem öffentliche Spitäler mit steigenden Schulden, veralteter Infrastruktur und nicht kostendeckenden Tarifen. Zwei Drittel der Schweizer Spitäler schrieben 2023 Defizite – ein deutliches Warnsignal für das Gesundheitssystem.

Zentrale Kostentreiber sind unzureichende IT-Systeme, die zu Ineffizienz und Mehraufwand führen. Zusätzlich belastet die zunehmende Bürokratie den Alltag in den Spitälern massiv. Rund 25 Prozent der Arbeitszeit von Ärztinnen und Ärzten fliessen heute in Dokumentationspflichten – wertvolle Ressourcen, die in der Behandlung fehlen.

**«Werden Regionalspitäler geschlossen, gehen die Leute einfach ins nächste Zentrumsspital. Dort kostet dieselbe Behandlung aber mehr.»**

Adrian Schmitter, Spartenpräsident Akutspitäler



Adrian Schmitter kritisierte die immer höheren administrativen Auflagen von Bund, Kantonen und Behörden. 25 Prozent ihrer wertvollen Arbeitszeit verlieren Ärztinnen und Ärzte an die Bürokratie.

### Die Bevölkerung wird älter – der Bedarf steigt

Bis 2050 wird sich die Zahl der über 80-Jährigen in der Schweiz verdoppeln. Damit steigt die Zahl chronisch kranker Menschen. Der Bedarf an Gesundheitsleistungen nimmt zu, und gleichzeitig werden Behandlungen komplexer.

Gerade Regionalspitäler, die für die medizinische Grundversorgung ausserhalb der Zentren entscheidend sind, stehen jedoch finanziell besonders unter Druck. Werden dort Leistungen abgebaut oder Standorte geschlossen, verlagert sich die Versorgung in die Zentren – mit negativen Folgen für Erreichbarkeit, Qualität und Kosten.

### Das muss jetzt getan werden

Mit der steigenden Zahl hochaltriger Menschen gewinnt die wohnortsnahe Versorgung weiter an Bedeutung. Dafür benötigt es neue Versorgungsmodelle und die richtigen politischen Rahmenbedingungen.

### Es braucht neue Versorgungsmodelle für die lokale Grundversorgung

- Gesundheitszentren mit und ohne OP-Angebot
- Ausbau der ambulanten Versorgung
- Walk-in-Notfall kombiniert mit Hausärztenotfall

### Der Kanton muss die richtigen Anreize für den Strukturwandel setzen

- einfachere gesetzliche Rahmenbedingungen und weniger Bürokratie
- gezielte Unterstützung des Wandels
- Anpassung der Spitalliste an neue Versorgungsformen
- kostendeckende Finanzierung gemeinwirtschaftlicher Leistungen